

französischen Dialog

FORUM DE GENSHAGEN

pour le dialogue franco-allemand

Unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages, und von Claude Bartolone, Präsident der Assemblée nationale









Das Genshagener Forum 2014



Deutschland und Frankreich unterhalten intensive und privilegierte Beziehungen miteinander, die kontinuierlich gepflegt und ausgebaut werden müssen. Beide Länder sind in entscheidendem Maß dafür verantwortlich, die Rolle Europas im globalen Kontext zu stärken und hierfür gemeinsame Strategien zu entwickeln. Damit dies gelingt, muss die Zusammenarbeit auf Regierungsebene um den Dialog zwischen der deutschen und der französischen Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Vertretern aus Drittländern erweitert werden. Hierin liegen zugleich Sinn und Zweck des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog.





Ziel der Veranstaltung war es, den Erfahrungsaustausch und die Debatte zwischen Deutschen und Franzosen zu fördern sowie gemeinsame Lösungen für Europa zu erarbeiten.



Eröffnungsvortrag:

Europa, was passiert mit Deiner Jugend?

Eröffungsvortrag:

Caren Marks, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Debatte mit:

Stéphane Carcillo, leitender Ökonom bei der OECD, assoziierter Professor für Wirtschaftswissenschaften, Sciences Po Paris

Philippe Étienne, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Frankreichs in Deutschland. Berlin

Markus Ingenlath, Generalsekretär, Deutschfranzösisches Jugendwerk (DFJW), Berlin

Thierry Pech, Generaldirektor des Think Tanks Terra Nova

Moderation:

Katrin Michaelsen, Redakteurin, Deutschlandfunk, Köln





"Wenn die Jugend erkaltet, klappert die Welt mit den Zähnen!" Mit diesen mahnenden Worten eröffnete Caren Marks ihren Vortrag, in dem sie für die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen in Europa plädierte. Ziel der Politik müsse es sein, der Beschäftigungskrise - die Marks als größte aktuelle Herausforderung bezeichnete - noch gezielter zu begegnen. Zwar gebe es bereits erfolgreiche Maßnahmen wie die Europäische Jugendgarantie oder die Jugendbeschäftigungsinitiative, aber sie allein reichten für eine dauerhafte gesellschaftliche Integration der europäischen Jugendlichen nicht aus. Der Schlüssel der Zukunft liege, so Caren Marks, in der Förderung und Sicherung grenzüberschreitender Mobilität. Bestehende Programme wie ErasmusPlus oder der europäische Freiwilligendienst und die Arbeit von Institutionen wie dem Deutsch-Französischen Jugendwerk oder dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk zeigten deutlich, dass die Schaffung einer europäischen Identität durch Austausch und das Erleben von Vielfalt gelingen könne. Ein besonderes Augenmerk müsse künftig allerdings auf die Übergangsphase zwischen Schule und Beruf gelegt werden, z.B. durch einen besseren Zugang zu den bestehenden Mobilitätsprogrammen; auch könne das deutsche duale Ausbildungssystem eine Vorbildfunktion in Europa einnehmen. Die Jugend, so Caren Marks Einschätzung, sei zu Mobilität bereit, denn für sie sei ein Europa ohne Grenzen bereits eine Selbstverständlichkeit. Gerade auch vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Europawahlergebnisse müsse der Politik klar sein: Den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken und das europäische Projekt langfristig zu sichern, ist ohne die Jugend nicht möglich. Mit den Worten von Caren Marks gesprochen: "Es muss gelingen, jungen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen" und "Teilhabe bedeutet, eine Politik für, mit und von jungen Menschen" zu betreiben.





Botschafter Philippe Étienne betonte ebenfalls die Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit als größte europäische Herausforderung, wenngleich seine Analyse besonders auf die Situation in Frankreich Bezug nahm, wo beispielsweise 73% der unter 35-Jährigen im Mai 2014 nicht zur Europawahl gegangen seien. Er fragte nach der Rolle der Politik - was wird in Frankreich für arbeitslose Jugendliche getan, welche Rolle spielt die EU? Philippe Étienne kritisierte insbesondere die mangelnde Kommunikation mit den Jugendlichen, denen viele nationale und europäische Projekte schlicht nicht bekannt seien. Zudem gebe es noch immer zu wenige Initiativen, die etwa in Grenzregionen grenzüberschreitend Ausbildungsplätze an Jugendliche vermitteln. Einer Vorbildrolle des deutschen Ausbildungssystems stehe er skeptisch gegenüber, da das System nur schwer auf andere Länder übertragbar sei. Wie bereits Caren Marks betonte Philippe Étienne die positive Einstellung der europäischen Jugendlichen zur Mobilität; auch er sah Mobilität als wichtige Chance zur Stärkung europäischer Solidarität, die in der Politik nicht unbeachtet bleiben dürfe.

Thierry Pech warf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem aktuellen Bedeutungsverlust der europäischen Idee auf. Auch er sah in der Schaffung und Gewährleistung von Mobilität eine wichtige Chance für Europas Jugend. Er könne sich, im Gegensatz zu seinem Vorredner Philippe Étienne, zur Lösung der Krise die Integration bestimmter Aspekte des dualen Ausbildungssystems in anderen EU-Ländern durchaus vorstellen. Gleichzeitig warnte er aber vor ökonomischen Risiken wie dem Verlust von "Humankapital" und machte auf das Problem der sogenannten "verlorenen Generation" (génération perdue) aufmerksam, der es oft nicht möglich sei, mit oder ohne Mobilität einen Arbeitsplatz zu finden, der ihrem Ausbildungsniveau entspreche. Politisch unabdingbar seien die Aufwertung des Erlernens von Fremdsprachen sowie die Bereitstellung finanzieller und organisatorischer Ressourcen zur Unterstützung der Mobilität junger Europäer.

Markus Ingenlath wollte nicht von einer "verlorenen Generation" sprechen; er betonte vielmehr die Potenziale und die große Offenheit der europäischen Jugend, die weiterreichende Visionen von Europa habe, als gemeinhin angenommen werde. Dennoch unterstrich auch Markus Ingenlath die Notwendigkeit des Fortbestehens einer gemeinsamen deutsch-französischen, aber auch europäischen Jugendpolitik. Junge Menschen brauchten eine Stimme in Europa und dazu benötigten sie finanzielle und organisatorische Unterstützung. Denn, so Markus Ingenlath, einen Dialog auf Augenhöhe könne es auch in Zukunft nur durch gemeinsame Projektarbeit, gemeinsames Lernen und Arbeiten sowie durch frühen Spracherwerb geben. Die beabsichtigte Gründung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks sei dabei ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Projekts Europa.

Ergänzend hob Stéphane Carcillo die unterschiedliche Gewichtung der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU hervor und verwies darauf, dass neben Frankreich und Italien besonders Länder der Peripherie wie Grie-



S. Carcillo, P. Étienne, K. Michaelsen, M. Ingenlath

chenland, Spanien und Portugal von den Folgen der Jugendarbeitslosigkeit betroffen seien. Zudem warnte er vor dem Problem der Radikalisierung benachteiligter Jugendlicher sowie vor den langfristigen Auswirkungen der Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen, die trotz eines guten Schulabschlusses und einer (universitären) Ausbildung keine Chance auf dem Arbeitsmarkt sähen. Stéphane Carcillo sah wie seine Vorredner die Lösung in Programmen zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen; er unterstrich aber auch die Notwendigkeit gezielter struktureller Unterstützung der besonders betroffenen Länder durch die EU, z.B. durch die Förderung junger Menschen mit geringer Bildung und die langfristige Bereitstellung von Maßnahmen zur Verbesserung des Eintritts in den Arbeitsmarkt.

Gesprächskreis 1:

Finanzkrise: Ist der Euro gerettet?

Referenten:

Agnès Bénassy-Quéré, Präsidentin des CAE (Conseil d'analyse économique), Paris

Sebastian Dullien, Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der HTW (Hochschule für Technik und Wirtschaft) Berlin, Senior Policy Fellow beim ECFR (European Council on Foreign Relations). Berlin

Jakob von Weizsäcker, MdEP (SPD/PSE), Brüssel

Moderation:

Thibaut Madelin, Korrespondent, Les Echos, Berlin







Sebastian Dullien eröffnete die Diskussion mit einer zwiespältigen Diagnose: Zwar sei das finstere Szenario eines Endes des Euro nicht Wirklichkeit geworden und die Konjunktur erhole sich langsam, doch gebe es nach wie vor auch Schattenseiten. Die europäische Wirtschaft sei weniger gut wieder angesprungen als die US-amerikanische, und Europa habe das Wirtschaftswachstum eines ganzen Jahrzehnts verloren. Mit großer Deutlichkeit habe sich gezeigt, dass in Europa die Schaffung einer gemeinsamen Kontrollinstanz für die Finanzmärkte nötig sei. Die zögerlichen Maßnahmen, die gegen die Finanzkrise ergriffen wurden, konnten, so Sebastian Dullien, ein Auseinanderbrechen der Eurozone zwar verhindern, zogen aber einen Sparplan nach sich, der das Wachstum hemme und die Nachfrage schwäche. Die Ausgaben, die das Wachstum mittelfristig hätten stärken sollen - in den Bereichen Forschung und Entwicklung wie im Bereich der Infrastruktur – seien ausgeblieben, und das fehlende Wachstum verhindere nun die Rückzahlung der Staatsschulden. Damit kämen die Instrumente, die bislang gegen die Krise eingesetzt wurden, in ihrer bisherigen Zusammensetzung an ihre Grenzen.

Agnès Bénassy-Quéré vertrat die Ansicht, die Euro-Krise sei noch nicht überwunden. "Das Haus brennt noch. Die Situation ist weniger drastisch als 2009, aber die Glut ist noch rot." Um den Brand zu löschen, müssten, so Agnès Bénassy-Quéré, mehrere Herausforderungen bewältigt werden. Da sei zunächst die Inflation, die von den Mechanismen der schuldenbedingten Deflation bedroht sei – Mechanismen, wie sie derzeit in Griechenland, Portugal und Spanien angewendet werden. Es gebe noch viel zu tun, um das Ziel der in den Verträgen festgeschriebenen Inflationsrate von 2% zu erreichen. Die zweite Herausforderung bestehe darin, die Instrumente wirksam werden zu lassen, die geschaffen wurden, um die Finanzstabilität

......



zu garantieren. Die dritte Herausforderung sieht *Agnès Bénassy-Quéré* darin, eine grenzüberschreitende Bankenunion ins Leben zu rufen, die die Angst vor einer Ansteckung bei Liquiditätskrisen überwindet. Der Zinssatz sollte, so *Agnès Bénassy-Quéré*, nicht das einzige geldpolitische Instrument sein – genauso wenig wie der Haushaltssaldo auch nicht der einzige Indikator für die finanzielle Gesundheit eines Staates sei. Notwendig sei eine Entwicklung hin zu einer neuen Auffassung von Wirtschaftspolitik, zu einer verstärkt gemeinsamen Politik mit einer föderalen Ebene, die sich nicht nur von automatischen Stabilisatoren leiten lässt.

Laut Jakob von Weizsäcker treten wir derzeit in eine zweite Phase der Krise ein – eine Phase, in der unsere Handlungsspielräume begrenzt sind. Zwischen Frankreich und Deutschland gebe es eine philosophische Auseinandersetzung über die Frage der "automatischen Steuerung", auf die manche nach wie vor ihr Vertrauen setzten. Wir hätten, so von Weizsäcker, durch die Krise bereits ein Jahrzehnt verloren. Es gelte zu handeln, um nicht noch ein zweites zu verlieren. Es bedürfe einer "Kombination aus unkonventioneller Politik und langfristigen haushaltspolitischen Impulsen, um das Wirtschaftswachstum wiederzubeleben", insbesondere mit Hilfe von Investitionen. Und es bedürfe eines Mechanismus, um unsere Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen und ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit wiederherzustellen.

Zahlreiche Fragen aus dem Publikum ermöglichten einen weiteren Austausch. Dieser drehte sich insbesondere um die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich im Hinblick auf ihre jeweilige Art und Weise der Betrachtung von Wirtschaft. *Jakob von Weizsäcker* wies darauf hin, dass das Analyseraster, mit dem Wirtschaft betrachtet wird, die Fähigkeit aufweisen müsse, sich verschiedenen Ländern und Epochen anzupassen. Auch die Frage nach dem Vertrauen wurde vertieft, insbesondere von *Agnès Bénassy-Quéré*: "Zu einem großen europäischen Aufbruch wird es nicht kommen, dafür fehlt es an Vertrauen und Unterstützung durch die öffentliche Meinung." Einige anwesende Unternehmenschefs baten um Aufklärung hinsichtlich der Rolle, der Methodik und der Transparenz des Handelns derjenigen Wirtschaftsexperten, die die europäischen Entscheidungsträger beraten.

Gesprächskreis 2:

Wirtschaftskrise, Europäische wirtschaftliche Governance, Haushaltsdisziplin, Schuldenbremse – Sind sie die einzigen Lösungen für die europäischen Volkswirtschaften?

Referenten:

Guillaume Duval, Chefredakteur der Zeitschrift *Alternatives Économiques*, Paris

Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz Gruppe, München

François Villeroy de Galhau, Stellvertretender Generaldirektor von BNP Paribas, Paris

Moderation:

Thomas Hanke. Korrespondent. Handelsblatt. Paris





Um die Wirtschaftskrise zu bewältigen, seien, so François Villeroy de Galhau, drei Instrumente – europäische Wirtschaftssteuerung, Haushaltsdisziplin und die "goldene Regel" – notwendig, aber nicht ausreichend. Vielmehr müssten weitere Elemente berücksichtigt werden: Der "Euro-Deal", der aufgrund französischer Vorbehalte gegenüber Reformen und deutschen Misstrauens schwer umzusetzen sei, benötige einen politischen Rahmen, wenn er die Chance haben solle, beschlossen zu werden. Deshalb bedürfe es, so François Villeroy de Galhau, der Ausarbeitung eines "Business-Plans" der Eurozone, der auf europäischer Ebene beschlossen werden könnte. Er bestünde darin, sich auf gemeinsame Hypothesen zu einigen und die verschiedenen nationalen Pläne in einen gemeinsamen Antizipationsrahmen zu stellen. Was die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Steuerung des Euro betrifft, so wäre ein besseres Funktionieren der Eurogruppe nach Meinung von François Villeroy de Galhau auch ohne eine Korrektur der Verträge möglich. Für den Fall, dass man einen Schritt weiter gehen wolle, verwies er auf die Vorschläge der Glienicker Gruppe als beste Handlungsgrundlage, insbesondere in Sachen europäische Solidarität im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Nach Meinung Michael Heises ist die europäische Strategie der Euro-Stützung und -Rettung keineswegs gescheitert. Die Programme, die in den



einzelnen Ländern aufgelegt wurden, hätten ihnen mehr Zeit gegeben. um neue Reformen anzustoßen. In den Ländern, die beträchtliche Anstrengungen unternommen hätten, wie beispielsweise Portugal, Spanien und Griechenland, zeigten sich, so Heise, nun langsam die Effekte, auch wenn die Arbeitslosenquoten immer noch sehr hoch seien. Diese Beispiele machten deutlich, dass wir in Europa strukturelle Reformen brauchen. Heise zufolge sollten die strukturellen Reformen nicht "verteufelt" werden, denn sie seien von essenzieller Bedeutung und positiv für die Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel in den Bereichen Infrastruktur, Bildungssystem, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, öffentliche Verwaltung oder auch in der Energiepolitik. Michael Heise äußerte sich auch zu den Haushaltsregeln. Auch wenn ein Teil der Franzosen diese Regeln als zu streng empfinde und der Ansicht sei, sie zeugten von einer "deutschen Obsession", so seien sie doch notwendig, um zu verhindern, dass auf Ebene der Mitgliedstaaten Politik auf Kosten anderer Länder gemacht wird, wie das etwa in Griechenland der Fall gewesen sei. Was die Regeln betrifft, nach denen das Haushaltsdefizit unter 3% und die Verschuldung unter 60% des BIP liegen müssen, so brachte Michael Heise seine Meinung zum Ausdruck, dass es diese Regeln durchaus zu Recht gebe, da sie notwendig seien, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Seiner Ansicht nach ist die Kritik an diesen Regeln eher eine politische als eine ökonomische: Für die politisch Verantwortlichen sei es einfacher, Schulden zu machen als strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen.

Guillaume Duval sprach sich zuallererst für eine Priorisierung des staatlichen Schuldenabbaus aus. Die derzeit ergriffenen Maßnahmen stünden dem aber im Wege: Die laxe Geldpolitik subventioniere auf öffentliche Kosten diejenigen Investoren, die die Krise herbeigeführt haben, und die Haushaltszwänge beraubten die Länder ihrer Handlungsspielräume. Guillaume Duval zufolge stehen wir aufgrund der Sparpolitik am Rande einer Deflation mit verheerenden politischen Folgen, wie beispielsweise dem Erstarken extrem rechter Parteien und zunehmenden Bedrohungen für die Zukunft Europas. Guillaume Duval betonte, die perfekte Regel gebe es nicht. Deshalb sprach er sich für eine diskretionäre europäische Politik aus, mit einem Parlament der Eurozone, das für jedes Land jeweils für das Folgejahr die Verschuldungsgrenze festlegen würde. Er rief außerdem zu einer Reform der Europäischen Zentralbank und zu einem Nachdenken der Industrie über die Energiewende auf. Außerdem warf Guillaume Duval die Frage nach der Zukunft der deutschen Industrie auf, die seiner Ansicht nach in Schwierigkeiten ist, sowie die Frage nach der Bereitschaft Deutschlands, eine höhere Inflationsrate in Kauf zu nehmen, um das Überleben der Eurozone zu sichern.

Gesprächskreis 3:

Führungskrise: Welche Art von Governance wollen wir für die Europäische Union?

Referenten:

Christian Ehler, MdEP (CDU-CSU/PPE), Brüssel

Christian Lequesne, Forschungsleiter am CERI (Centre d'études et de recherches internationales de Sciences Po), Vorsitzender der deutschfranzösischen Expertengruppe des Institut Montaigne, Paris

Jean Quatremer, Korrespondent, *Libération*, Brüssel

Moderation:

Eric Bonse, freier Journalist, Brüssel





Christian Ehler vertrat die Ansicht, dass die Europäische Union es derzeit nicht mit einer Führungs-, sondern mit einer Vertrauenskrise zu tun habe. Die gesellschaftliche Partizipation müsse langfristig gestärkt werden, sie sei wesentlich wichtiger als die Suche nach funktionalen Lösungen. Die indirekte Möglichkeit der Mitbestimmung des EU-Kommissionspräsidenten durch die Europawahlen und auch das Engagement von Parlamentspräsident Martin Schulz seien richtige und mutige Schritte in Richtung von mehr Transparenz, jedoch noch lange nicht ausreichend. Ferner dürfe nicht aus dem Auge verloren werden, dass die europäische Wirklichkeit realitätsgetrieben sei und das Funktionieren der Verträge diktiere (und nicht andersherum), wie beispielsweise die aktuellen Krisen und die Debatte um den Stabilitätspakt deutlich zeigten. Trotzdem unterstrich Christian Ehler die Notwendigkeit struktureller Reformen, da es nicht sein könne, dass etwa Gelder aus Programmen gegen Jugendarbeitslosigkeit nicht abgerufen werden, da die entsprechenden nationalen Strukturen hierfür nicht vorhanden seien. Er bedauere, dass, obwohl der deutsch-französische Grundreflex in der EU-Politik gut funktioniere, die deutsch-französischen Strukturen Ermüdungserscheinungen aufzuweisen scheinen.

Christian Lequesne fokussierte sich auf drei mögliche Optionen zur Rationalisierung der EU-Strukturen: erstens die Revision der Verträge zur Klärung der Verbindung von Wirtschaft und Politik, zur Ausarbeitung aktueller Stabilitäts- und Budgetkriterien sowie zur Diskussion der Frage nach mehr demokratischer Legitimation. Dies sei, aufgrund der im Jahr 2017 anstehenden Wahlen und der starken Rolle der nationalen Parlamente, ein eher unwahrscheinliches Szenario, so Christian Lequesne. Zweitens skizzierte er die Option einer Verabschiedung zwischenstaatlicher Verträge zur Schaffung einer soliden juristischen Basis zum Beispiel für das Finanzsystem. Hinsichtlich dieser Option, die durch ihre Zwischenstaatlichkeit kaum Blocka-





den riskiert und daher verlockend zu sein scheint, gab Christian Lequesne den fehlenden Gemeinschaftsgeist und die Nichtbeteiligung der Bevölkerung zu bedenken. Drittens diskutierte er die Idee der Durchführung maximaler Reformen wie beispielsweise die Schaffung einer ständigen Vertretung der Eurozone innerhalb des IWF zur besseren Budgetkontrolle, deren Umsetzung er derzeit ebenfalls als eher unwahrscheinlich einschätzt. Wichtig sei aber hinsichtlich aller Optionen, so Christian Lequesne, die enorme Bedeutung einer breiten Diskussion, um nicht weiterhin vor der Politisierung Europas zu fliehen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Notwendigkeit der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, eines öffentlichen Reformprozesses, da gerade die Bürger sich nicht so problemlos wie die politischen Eliten an Veränderungen anpassen können.

Jean Quatremer knüpfte zunächst an die von Christian Ehler bereits thematisierte Vertrauensfrage innerhalb der EU an und betonte, dass auch seiner Meinung nach eine Vertrauenskrise innerhalb der EU bestehe. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die im Rahmen des Genshagener Forums veröffentliche deutsch-französische Meinungsumfrage, nach der Deutsche (78%) und Franzosen (91%) ihre Länder zwar jeweils als wichtigsten Partner innerhalb der EU wahrnähmen, jedoch nicht in gleicher Intensität. Darüber hinaus verwies Jean Quatremer auf die Unabdingbarkeit von Reformen in Frankreich und innerhalb der EU, da "viele Herzen noch immer nationalstaatlich schlagen" und Brüssel oft als omnipräsent wahrgenommen werde. Hierzu unterstrich er sowohl die Notwendigkeit der Schaffung eines gesellschaftlichen Bewusstseins für europäische Angelegenheiten als auch des konstruktiven Nachdenkens über eine Anpassung der vertraglichen Regelungen, die 1992 in Maastricht verabschiedet worden waren und den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprächen. Ferner forderte Jean Quatremer eine größere finanzielle Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten, besonders in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik sowie Wissenschafts- und Forschungsförderung. Dem Vorschlag von Hermann van Rompuy (Präsident des Europäischen Rates von 2009–2014) zur Schaffung eines eigenen Budgets der Eurozone stehe er offen gegenüber, jedoch müsse man in diesem Fall endlich die Anstrengung unternehmen und nationalstaatliche Fragen stärker von Unionsfragen trennen, wie dies beispielsweise in den USA geschehe. Viele Probleme der EU seien mit der Wirtschaftskrise erst politisch geworden, nun sei es an der Zeit, dass die Regierungen mehr politische Verantwortung übernehmen und klar aufzeigen, welchen Weg die EU gehen soll. Nur so lasse sich das Vertrauen in Europa zurückgewinnen.

Debatte:

Welches europäische Modell wollen wir? Wettbewerb, Wachstum und ein soziales Europa

Andreas Botsch, Sonderberater des Vorsitzenden, Bundesvorstand des DGB, Berlin

Henrik Enderlein, Professor für politische Ökonomie an der Hertie School of Governance, Direktor des Jacques Delors Instituts - Berlin

Valérie Rabault, Abgeordnete der Nationalversammlung (PS), Berichterstatterin des Parlaments für den Haushalt, Paris

Jean-Paul Tran Thiet, Rechtsanwalt und Partner, White & Case, Vorstandsmitglied des Institut Montaigne, Paris

Moderation:

Eric Bonse, freier Journalist, Brüssel







Zur Eröffnung der Diskussion schilderte Jean-Paul Tran Thiet seine Beobachtung, dass das Subsidiaritätsprinzip oft zur Rechtfertigung von Untätigkeit herangezogen werde. Seiner Ansicht nach sollte es hinterfragt werden mit dem Ziel, unsere Furcht vor einem Zusammenlegen unserer Souveränitäten und unserer Mittel zu überwinden. Er nannte drei Schlüsselbereiche, in denen diese Vergemeinschaftung umgesetzt werden könnte: Verteidigung und Sicherheit, Haushalt und Finanzen sowie schließlich Energie. Für ihn handelt es sich dabei um Schlüsselbereiche, die zugleich vertieft und ausgebaut werden sollten.

Henrik Enderlein nannte fünf Herausforderungen, denen es auf europäischer Ebene zu begegnen gelte: Wachstum, Modernisierung der Gesellschaften, Investitionen, Entschuldung und ein Rahmen für die Währungsunion. Auch wies er darauf hin, wie schwierig der derzeitige makroökonomische Kontext sei, und betonte insbesondere das damit verbundene Fehlen finanz- und währungspolitischer Handlungsspielräume. Es bestehe die Notwendigkeit, so Henrik Enderlein, in einer Weise über Europa nachzudenken, die einer globalen, mittel- bis langfristigen europäischen Vision für die nächsten fünf oder zehn Jahre folgt. Die derzeitige Situation zwischen Frankreich und Deutschland werfe die Frage nach einem gegenseitigen Verständnis der beiden Länder auf: Die Deutschen müssten die politischen Probleme verstehen, die in Frankreich bestünden, während es auf französischer Seite gelte, sich die realen wirtschaftlichen Herausforderungen klar zu machen, mit denen die Deutschen konfrontiert seien.

Nach Meinung von Valérie Rabault werden für die Zukunft des Modells Europa drei große Themen eine zentrale Rolle spielen. Da sei zunächst das konsumentenzentrierte Wirtschaftsmodell. Es beschränke die Fähigkeit der Wirtschaft, eine starke europäische Industrie hervorzubringen. Dann seien da die Existenzschwierigkeiten eines sozialen Europa, die der Zunah-

......



me extremistischer Bewegungen Vorschub leisteten. Ein weiteres Problem stellen, so Valérie Rabault, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland dar: Abbau der Haushaltsdefizite versus Erhöhung der Investitionen. Der Juncker-Plan, der Ende November 2014 angekündigt wurde, müsse zum Anlass genommen werden, eine gemeinsame Sichtweise zu entwickeln. Valérie Rabault betonte außerdem die Notwendigkeit, die öffentlichen Ausgaben in Frankreich zu begrenzen, insbesondere auf lokaler Ebene, und plädierte zugleich für eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch Investitionen.

Andreas Botsch bedauerte, dass scheinbar keine weitere Annäherung der verschiedenen sozialpolitischen Systeme in Europa stattfinde. Für ihn ist das soziale Europa keine technische Frage, sondern muss mit der Formel "Qualitätsarbeit für Lebensqualität" gefasst werden. Die immer wieder erstellte Diagnose, derzufolge die öffentlichen Ausgaben zu hoch sind, sei falsch. Andreas Botsch betonte, es gebe kein optimales Niveau für öffentliche Ausgaben, sondern dieses müsse in Abhängigkeit von den Bedürfnissen festgelegt werden. Er verwies außerdem auf die Notwendigkeit, die Wirtschaft und die Produktionsweisen in Europa zu modernisieren, sobald ein klares Ziel gesetzt und ein gemeinsames Investitionsprogramm formuliert sei. Die strukturellen Reformen müssten den Konsum ankurbeln und nicht zum Sparen anregen.

Im Laufe des Gesprächs mit dem Publikum riefen die Rednerinnen und Redner zu einer größeren Konvergenz der staatlichen Politiken in Europa auf. Henrik Enderlein plädierte für einen deutsch-französischen "New Deal". Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit angesprochen, bei den Europäerinnen und Europäern das Vertrauen in Europa und seine Wirtschaft wieder aufzubauen, private Investitionen anzuregen und konkrete öffentliche Investitionsprogramme zu initiieren.

Debatte:

Wie kann die Marke "Made in Europe" wieder hergestellt werden?

Debatte mit:

Manfred Kurz, Leiter der Würth-Repräsentanz, Berlin

Günter Lambertz, Leiter der Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) bei der EU, Brüssel

Arnaud Vaissié, Präsident von International SOS, Vorstandsmitglied des Institut Montaigne, Paris

Moderation:

Thomas Hanke, Korrespondent, Handelsblatt, Paris





Manfred Kurz richtete den Fokus seines Statements auf zwei wesentliche Aspekte, und zwar die Frage nach der künftigen Rolle von Vielfalt und Subsidiarität in Europa: In seinen Augen kümmere Europa sich viel zu sehr um sich selbst und vernachlässige dabei, dass es in einen globalen Kontext eingebettet sei, dem es wirtschaftlich zu begegnen habe. Um hierbei erfolgreich zu sein, müsse das im Vertrag von Lissabon festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip endlich verstärkt umgesetzt werden. Besonders in Sachen Wettbewerb, so Manfred Kurz, brauchten wir nicht mehr, sondern weniger Europa. Denn Europas große Schwäche, die Vielgestaltigkeit, sei – in den richtigen ordnungspolitischen Rahmen eingebettet – gleichzeitig seine große Stärke: In der Regionalität und nicht in der Standardisierung liege das Potenzial Europas, und dies gelte es zu erhalten oder auch auszubauen. Ein Label "Made in Europe" gebe es eher weniger, da einzelne Produkte wie bspw. Mercedes oder Champagner im Ausland noch immer als nationale Produkte wahrgenommen würden. Entsprechend plädierte Manfred Kurz für die Gewährleistung von Wettbewerbsfreiheit auf allen Ebenen sowie, in seinen Augen ganz entscheidend, für ein Umdenken in Sachen Forschungsund Entwicklungsförderung, die ebenfalls von der Basis aus gedacht werden solle. Ferner machte Manfred Kurz sich für ein Umdenken in unternehmenskultureller Hinsicht stark, indem er darauf verwies, dass besonders in der amerikanischen Tradition die Angst, mit einer Idee zu scheitern, "part of the game" sei. Auch Europa solle sich, gerade hinsichtlich der Regelung von Haftungs- und Kreditfragen, hierüber ernsthaft Gedanken machen und sich endlich der seit Jahren schwelenden Frage widmen: "Was wollen wir: Freiheit oder Sicherheit?"

Arnaud Vaissié unterstrich die absolute Notwendigkeit einer Harmonisierung der europäischen Steuersysteme. Nicht ohne Grund, so Arnaud Vaissié,

......





gehe es in den USA volkswirtschaftlich bereits wieder bergauf. In Europa hingegen seien seit der Euro-Einführung viele Unternehmen aufgrund der fehlenden steuerlichen Vergleichbarkeit lediglich durch Lohndeflation konkurrenzfähig, was zwangsläufig die Unzufriedenheit der Bevölkerung nach sich ziehe. Ein weiteres gravierendes Problem stelle sich im Bereich Forschung und Innovation: Sollte die Harmonisierung der Steuerstrukturen ausbleiben, wanderten viele europäische Startups in die USA ab; sollte Europa nicht bald ein funktionierendes Innovations-Ökosystem mit angemessenen Budgets etablieren, werde der europäische Ideenreichtum langfristig verarmen. Denn, so Arnaud Vaissié, was nütze die höchste Rate an Hochschulabsolventen, wenn es Europa nicht gelänge, "europäische" Ideen in Europa zu halten. Hierzu bedürfe es aber auch eines kulturellen Umdenkens, besonders der Deutschen und Franzosen, hinsichtlich des Faktors Risiko, den die Förderung zukunftsträchtiger Ideen, z.B. durch die Unterstützung von Startups, zwangsläufig mit sich brächte. Wollten europäische Unternehmen auf dem Feld der digitalen Technologien künftig – z.B. im Gesundheitsbereich - eine Rolle spielen, müssten sich die strukturellen Rahmenbedingen ändern, müssten Fusionen möglich sein, müsse in Kreativität investiert, die Wichtigkeit von Forschung und Innovation als gesellschaftlichem Mehrwert vermittelt werden. Es sei besonders wichtig, sich schnell mit einer Idee auf dem Markt zu positionieren, d.h. Kapital müsse schnell und unbürokratisch verfügbar sein - weniger wichtig für den Wettbewerb sei die Höhe der Strukturkosten, denn wie das Beispiel Schweiz eindrucksvoll zeige, könne man auch mit hohen Kosten international wettbewerbsfähig sein (Stichwort: Nestlé / La Roche). Arnaud Vaissié unterstrich sein Plädoyer für mehr Wettbewerbsfähigkeit für Europa mit einer Analogie - dem "Wimbledon-Effekt": Letztlich sei es zweitrangig, wer den Wettbewerb gewinne, wichtig sei vielmehr, dass der Wettbewerb bei uns in Europa ausgetragen werde.

Günter Lambertz schloss sich der Argumentation seiner Vorredner an und unterstrich seinerseits die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips für die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Besonders für den Zukunftssektor digitale Technologien sei dieser Schritt unabdingbar, ebenso wie die Etablierung stabiler Rahmenbedingungen im Bereich der EU-Forschungsförderung. Er weigerte sich, von einer Agonie in Europa zu sprechen und bewertete die Digitale Agenda der EU als Schritt in die richtige Richtung, wenngleich er von der aktuellen Junker-Kommission nicht viel mehr erwarte, als dass sie zumindest deutliche Zeichen setze. Als unabdingbar bewertete auch Günter Lambertz die Schaffung vereinfachter Bedingungen für Unternehmensgründungen, z.B. durch die Änderung der Investorenschutzbedingungen bei Crowdfunding-Initiativen – denn, so Günter Lambertz, auch in Europa gebe es Investoren, die bereit seien, Risiken einzugehen. Ebenso solle auf nationaler und europäischer Ebene ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob eine verstärkte Förderung von Startup-Gründungen nicht über eine Lockerung der Kreditvergabekriterien, v.a. die Risikobewertungsvorgaben der KfW oder der Europäischen Investitionsbank, möglich wäre. Die Forderung nach mehr Transparenz im Bereich der Startup-Förderung unterstütze er

......

V	Genshagener	Forum für	deutsch-f	ranzösischen	Dialoc

prinzipiell, verwies er jedoch auf die Schwierigkeit, diese umzusetzen, da es neben den Hauptschauplätzen Berlin, Paris und London z.B. in den baltischen Staaten regionale Startup-Szenen gebe. Generell sei es aber um den Transparenzprozess auf europäischem Niveau weniger schlecht bestellt, als gemeinhin angenommen werde, so *Günter Lambertz*: Entscheidungen würden vielfach öffentlich debattiert, Dokumente seien in unterschiedlichen Sprachen online abrufbar und die Beamten der EU-Kommission strebten ebenfalls danach, Innovationen voranzutreiben.

Abschlussdebatte:

(Des)integration: Ist Europa auf dem richtigen Weg?

Debatte mit:

François Fillon, Abgeordneter der Nationalversammlung (UMP), ehemaliger französischer Premierminister (2007–2012), Paris

Annegret Kramp-Karrenbauer

Ministerpräsidentin des Saarlandes, Bevollmächtigte Deutschlands für die deutschfranzösische Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten, Saarbrücken

Moderation:

Sabine Syfuss-Arnaud, Journalistin, *Challenges*, Paris



François Fillon, Sabine Syfuss-Arnaud, Annegret Kramp-Karrenbauer





Der ehemalige französische Premierminister François Fillon begann seinen Redebeitrag mit dem Hinweis, die nationale Unabhängigkeit habe für ihn einen sehr hohen Stellenwert. Zugleich betonte er, die europäische Kultur sei bedroht von einem sinkenden Rückhalt in der Öffentlichkeit und dadurch infrage gestellt, dass neue Kulturen - in Asien wie in Afrika - im Aufstieg begriffen seien. Um auf diese Herausforderungen zu reagieren, rief François Fillon zu einer Stärkung der Europäischen Union auf, und zwar aus einem gemeinsamen Projekt heraus, das sich auf drei Prinzipien herunterbrechen lasse: Das erste Prinzip sei das der steuerlichen und wirtschaftlichen Konvergenz, die - nach der einmal gefallenen, langfristig verpflichtenden Entscheidung für eine gemeinsame Währung – nun auf halbem Weg stehen geblieben sei. Durch die Schaffung einer deutsch-französischen Konföderation würde eine Harmonisierung der Steuerpolitik, der Investitionsstrategien und der Energiepolitik möglich. Andere Länder könnten dadurch dazu gebracht werden, sich anzuschließen. Voraussetzung für eine solche Konföderation sei gleichwohl eine vorherige Erholung der französischen Wirtschaft. Das zweite Prinzip bestehe in einem besseren, von den Mitgliedsländern gemeinsam gewährleisteten Schutz der Grenzen, um die Flüchtlingsströme kontrollieren zu können und eine Abschottung zu verhindern. Das dritte von François Fillon genannte Prinzip ist das einer europäischen Verteidigung, die von Europa selbst gewährleistet werden müsse: die EU müsse in Sachen Sicherheit selbst Verantwortung übernehmen. In diesem Sinne sprach François Fillon von der Notwendigkeit einer "Strategie der Stärke" anstelle einer defensiven Strategie, Schließlich forderte François Fillon eine bessere politische Steuerung in der Europäischen Union, die durch eine solidere politische Ausbildung auf europäischer Ebene gefördert werden könne.

Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer veranschaulichte ihren Beitrag am Beispiel des von ihr geführten Bundeslandes, einem "Kind der europäischen und der deutsch-französischen Geschichte".



Auf diesem Gebiet Europas überqueren tagtäglich 200,000 Personen die Grenzen, es gibt 400 bilinguale Bildungsinstitutionen und 100 französische Unternehmen haben dort ihren Sitz. Kramp-Karrenbauer sieht Europa als ein Patchwork, dessen Nahtstellen das Wichtigste seien - und nicht so sehr die einzelnen Stoffstücke, aus denen sich das Ganze zusammensetzt. Doch trotz dieses tagtäglich "gelebten" Europa entwickle sich in der öffentlichen Meinung ein zunehmendes Misstrauen. Annegret Kramp-Karrenbauer unterstützte François Fillons Idee, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker zusammenzuarbeiten. Auch sie entwickelte verschiedene Reflexionsachsen. Zuallererst gelte es, sich von der Vorstellung zu verabschieden, man könne weiterhin als Nationalstaaten fortbestehen und nationale Besonderheiten bewahren ohne in einem europäischen Zusammenhang zu denken. Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte außerdem, man müsse der Herausforderung der Desintegration dadurch begegnen, dass man mit den euroskeptischen Kräften in einen Dialog tritt. Es gehe darum, in dieser Hinsicht die positiven Entscheidungen aus Brüssel zu würdigen. Darüber hinaus müsse das europäische Versprechen des Schutzes der Menschenrechte eingehalten werden, indem man eine gemeinsame und kohärente Antwort auf die Fragen findet, vor die uns die Einwanderungsströme, humanitäre Probleme oder auch der Ukraine-Konflikt stellen. Die saarländische Ministerpräsidentin betonte schließlich die Notwendigkeit, das Vertrauen der jungen Menschen in eine europäische Zukunft wiederherzustellen, insbesondere im Bereich der Berufsausbildung, dem in Frankreich verglichen mit Deutschland ein geringer Wert beigemessen werde. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass Frankreich und Deutschland imstande seien, gemeinsame Interessen zu definieren und gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen – und ihre Überzeugungen dann all ihren anderen Partner zu vermitteln.

Eindrücke des V. Genshagener Forums



Über das Genshagener Forum

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog, ein Kooperationsprojekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne, bringt seit 2010 jedes Jahr rund einhundert deutsche und französische Entscheidungsträger und Vertreter aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kultur und Medien zusammen, um über ein zentrales Thema der Zukunft Europas zu diskutieren. In seinen letzten Ausgaben widmete sich das Genshagener Forum beispielsweise den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise (2010), dem Thema Integration (2011), der Frage einer gemeinsamen Energiestrategie für Europa (2012) und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Mittelmeerraums (2013).

Im Rahmen des Genshagener Forums führen die Stiftung Genshagen und das Institut Montaigne in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Harris Interactive jedes eine repräsentative deutsch-französische Meinungsumfrage durch: Der erste Teil der Umfrage widmet sich seit 2011 der Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen, der zweite Teil der Befragung dem jeweiligen Konferenzthema. In den Jahren 2013 und 2014 wurde ebenfalls eine deutsch-französische Studie zum Thema der Konferenz in Auftrag gegeben; ihre Inhalte und Politikempfehlungen wurden als Genshagener Papier veröffentlicht.



Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen / Institut Montaigne, 2015

Herausgeber

Stiftung Genshagen Im Schloss D-14974 Genshagen

Tel. + 49 (0)3 37 88 05 931 Fax. + 49 (0)3 37 88 70 013 www.stiftung-genshagen.de institut@stiftung-genshagen.de Institut Montaigne 38, rue Jean Mermoz F-75008 Paris

Tel. + 33 (o) 1 53 89 05 60 Fax. + 33 (o) 1 53 89 05 61 www.institutmontaigne.org info@institutmontaigne.org







Kontakt

Isabelle Maras maras@stiftung-genshagen.de

Tel.: +49 33 78-80 59 36 Fax: +49 33 78-87 00 13

Janine Ziegler ziegler@stiftung-genshagen.de Tel.: +49 33 78-80 59 95

Fax: +49 33 78-87 00 13

Maylis Brandou

mbrandou@institutmontaigne.org

Tel.: +33 1 53 89 05 68 Fax: +33 1 53 89 05 61

Méryl Sotty

msotty@institutmontaigne.org

Tel.: +33 1 53 89 05 71 Fax: +33 1 53 89 05 61

Graphische Gestaltung

M.O.R. Design, www.mor-design.de

Fotos

Nora Erdmann

Satz:

Tilmann Chladek

Gefördert durch:



Robert Bosch Stiftung



In Zusammenarbeit mit:

